

Volksrecht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 M., auswärts 1.55 M., Anzeigen unter Text 3.50 M., auswärts 4.— M., Familienanzeigen 0.80 M., Stellenangebote, E. Anzeigen, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.00 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Organ für die werftätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Ronto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, Bismarckstraße 140, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Wöchentlich 2.50 M., monatlich 10.50 M., vierteljährlich 32.50 M.

Bruch der Regierungscoalition?

Löbe über unsere Lage.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Reichstagspräsident Genosse Löbe sprach am Sonntag auf Einladung des Betriebs- und Angestelltenrates in der A.E.G. (Allgemeiner Betriebs-Gewerkschaft) vor den sozialdemokratischen Arbeitnehmern dieses Betriebes über das Thema: „Nach Cannes — vor Genua“.

Poincaré, so führte Löbe aus, ist nichts anderes als der Graf Westarp Frankreichs. Lloyd George hat jetzt Poincaré beantwortet. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Hoffnung auf das internationale Vertrauen. Das Kabinett Wirth hat gut daran getan, sich dieses internationale Vertrauen nach und nach zu erwerben. Wenn der 15. Januar ohne Sanktionen vorübergegangen ist, so verdanken wir dies wesentlich der Erfüllungspolitik der jetzigen Regierung. Was in Cannes geleistet wurde, verdanken wir auch der Borarbeit Athenaus, den man von rechts schmählt, dessen Verdienst man aber gegen besseres Wissen schmälert. Was Genua anbetrifft, so ist nicht die Endsumme, die wir zu bezahlen haben, entscheidend, sondern nur was wir in den Jahren 1922 bis 1924 leisten müssen. Deutschland muß sofort Vorstöße machen. Cannes hat festgestellt, daß das Londoner Ultimatum unhaltbar ist. Die Ermäßigung im Vergleich zu den bisherigen Verpflichtungen beträgt 40 Prozent. Innenpolitisch ist das Steuerkompromiß eine Notwendigkeit.

Dieses Steuerkompromiß muß zustandekommen, weil die Entente schließlich beimot. Deutschland Steuern in einer Höhe aufzubringen, die nicht geringer sind als in den Siegerländern. Die Aussichten für die Erringung der Goldwaare sind im Augenblick so gut wie geschwunden.

Auf parlamentarischem Wege erreichen wir die Erhaltung der Goldwaare nicht, weil Zentrum und Demokraten unbedingt dagegen sind. Was uns zu fordern übrig bleibt, ist die Zwangsenteile.

Bis zum 27. Januar muß Deutschland eine Erklärung an die Reparationskommission abgeben. Deshalb müssen wir schließlich in dieser Woche uns schuldig machen, ob wir den Weg der Zwangsenteile gehen, die uns schuldigungsweise 2-3 Milliarden Geld einbringen soll. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten haben diesem Kompromiß noch nicht ihre Zustimmung erteilt. Wirth geht auf das Steuerkompromiß zu.

Wäre das Kabinett Wirth schon am Mittwoch gestürzt worden.

In diesem Falle blieben nur Neuwahlen übrig oder die Bildung einer Regierung Stresemann bezw. Helfferich. Die internationale Lage ist so gespannt, daß wir auf lange Sicht die Dinge nicht hinauszufragen dürfen, zumal am 27. Januar Vorstöße zu machen sind. Sollte das Kabinett Wirth gestürzt werden, dann ist die unausbleibliche Folge ein enormer Marktsturz.

Wir haben kein Interesse daran, etwa ein Kabinett Hermann Müller zu bilden, die Unabhängigen gehen bis zu einem gewissen Grade mit uns, um das Erfüllungskabinett Wirth möglich zu machen. Ohne ihre Hilfe kann der Sturz jeden Tag erfolgen. Zum Schluß gibt Löbe der Hoffnung Ausdruck, daß das Kabinett Wirth die Löbe, um den erfolgreichen Schritt von Cannes fortführen zu können.

Lloyd Georges Friedensprogramm.

Lloyd George sagte in seiner Rede auf der koalitionsliberalen Konferenz in der Central Hall u. a.: Wenn man sich mit irgend einem europäischen Problem zu befassen beginnt, dann erkennt man, daß dies eine nie verlassende Geduld.

Beharrlichkeit und Stetigkeit erfordert und daß man sich durch zeitweilige Rückschläge nicht abschrecken lassen darf. Die Männer, welche glauben, daß sie Europa in zwei oder drei Jahren von seiner Not befreien können, sind entweder über die wirklichen Verhältnisse nicht unterrichtet, oder führen ihr Publikum irre. Die Ereignisse in Frankreich beweisen, wie vorsichtig man bei sozial herrschenden Argwohn auftreten muß. Es gibt nur einen Weg, um das Ziel zu erreichen, und dieser Weg schreibt vor, daß man darauf besteht, die Nationen zu dem Bräutigam der Vernunft und der Gewalt zu bringen. Das Ziel ist zu erreichen durch beharrliche Zusammenkünfte, Erörterungen und Konferenzen. Wenn im Juli 1914 eine Konferenz stattgefunden hätte, hätte es im August keine Katastrophe gegeben. Ohne Meinungs-austausch entstehen Mißverständnisse. Diese können zu Vermittlungen ausmachen. Die Konferenzen beseitigen die Mißverständnisse und den Argwohn. Jede Konferenz ist eine Sprosse der Leiter, die zum Frieden auf Erden führt. (Lebhafter Beifall.)

Es gibt Leute, die erklären: Genua mit Konferenzen! Wir wollen Depeschen und Briefe austauschen! (Gemeint ist hier Poincaré. Red.) Wie ist dies angängig? Jede Partei legt den eigenen Standpunkt dar. Anstatt daß die Parteien zusammengebracht werden, verfallen sie sich nur zu oft auf ihre Ueberzeugungen. Mit einem Briefe ist die Sache nicht gemacht, mit einer Depesche kann man nicht argumentieren, mit einer diplomatischen Mitteilung kann man nicht diskutieren. Man muß sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellen.

Ich habe den festen Glauben an die schließliche Vernunft der Nationen. Ich bin Optimist. Am meisten freuen für die Rückkehr zu alten Diplomatie diejenigen ein, die unter ihren Verwundungen leben. Wenn man feinerzeit eine Konferenz nach der neuen Methode gehabt hätte, würden jetzt keine französischen Provinzen

auf ihre Wiederherstellung warten. Die Männer, die Konferenzen hassen, sind Männer der starren Ansichten, Männer, die nicht gern der Wirklichkeit ins Auge sehen. Es gibt Leute, die niemals einer Wirklichkeit ins Gesicht gesehen haben. Es ist gut, wenn man sie zwingt, dies hin und wieder zu tun.

Lloyd George fuhr fort: Alle, die den Frieden erstreben, müssen den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt, müssen an den Wert offener Erörterungen glauben.

Genua

Es soll jetzt eine Konferenz stattfinden. In vieler Hinsicht ist sie die größte internationale Konferenz, die je abgehalten wurde. Die Nationen Europas sind ohne Unterschied zur Teilnahme eingeladen. (Beifall.) Sie wurden eingeladen, weil wir diese dauernden Kriegserregnisse, die für das internationale Wirtschaftsleben genau so schlimm sind, wie der Krieg selbst,

beenden wollen. Eines Tages hört man, daß Rußland rüstet, um Polen anzugreifen, daß Polen einen Aufstand in der Ukraine organisiert, daß Rußland Rumänien angreifen oder daß Japan einen Teil Rußlands angreifen wird. Man hört, daß einer der Staaten, der einen Teil Osteuropas bildet, den Nachbarn bedroht, oder daß sein Nachbar ihn bedroht. Das alles ist keine Stabilität. Auf dieser zerrütteten Grundlage kann kein Wirtschaftsleben aufgebaut werden.

In Mittel-Europa ruort und rasselt es. Wir wollen diese Länder von Angesicht zu Angesicht zusammensetzen. Wir werden sehen, ob die Möglichkeit besteht, sie zu einem vernünftigen Einvernehmen zu bringen. Manche rufen: Was? 45 Nationen und tausend Sachverständige? Welche Experten? Tausend Sachverständige, finanzielle, diplomatische und wirtschaftliche! Aber, erklärte Lloyd George ironisch, sie sind immer noch billiger als die militärischen Sachverständigen. (Anhaltender Beifall.) Wir haben jedoch eine Auseinandersetzung zwischen denselben Nationen zu Ende geführt, die 4 1/2 furchtbare Jahre dauerte. In dieser Konferenz haben 30 Millionen Menschen teilgenommen. An der Stelle, wo die Debatte stattfand, sind 10 Millionen junge Männer tot liegen geblieben, 10 weitere Millionen wurden verstümmelt. Die Ausgaben betragen 50 Milliarden Pfund Sterling. Die Völker, fuhr Lloyd George fort, sollen lieber eine andere Konferenz versuchen. (Lebhafter Beifall.) Schaut auf

das arme Europa,

das blühend, vermüdet, äde und in Not ist. Gebt uns eine neue Chance, um zusammen zu sprechen, an die Vernunft zu appellieren und zu sehen, ob der alte Geist der Bruderschaft, der der ganzen menschlichen Rasse zurunde liegt, nicht zu einem Hand-in-Hand und zu einem freundschaftlichen Zusammenwirken führen wird, statt zu Konflikten, die verhängnisvoll sind und das Verderben aller herbeiführen.

Lloyd George fuhr fort: Wenn die Staatsmänner aller Nationen auf die Konferenz in Genua gehen, entschlossen, ihr Bestes zu tun, entschlossen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, und nicht in der Absicht, Schwierigkeiten zu schaffen, entschlossen, den Argwohn zu beseitigen, entschlossen, zu helfen und nicht zu hindern, dann wird das Ergebnis der Konferenz ein guter Friedenspakt sein. Er wolle von dieser Stelle, soweit seine schwache Stimme reicht, an alle Männer, die sich in Machtstellungen befinden, an alle Leiter der Menschheit die Aufforderung richten, im Geiste des Friedens nach Genua zu gehen, dann werde der Friede folgen. (Beifall.) Ohne Frieden keine Sparsamkeit. Daher wurde absichtlich auf das Programm der Konferenz an erste Stelle die

Frage der Schaffung des Friedens in Europa gestellt. Sonst sei es zwecklos, Sachverständige zu erfragen, finanzielle und Handelskreditpläne zu erörtern. Der Geschäftsmann gehe bei solchem Wetter nicht ins Freie. Er habe genug vom schlechtesten Wetter, sei bis auf die Haut durchnäßt und könne nirgends seine Kleider trocknen. Zunächst müßte der Geschäftsmann einen klaren Himmel sehen, dann werde er Vertrauen haben und der Millionär des Friedens werden. Ohne Frieden müßte jeder Plan fehlschlagen.

Zu den Erklärungen Genua und Lord Cecils, daß die Konferenzen von Genua dem Völkerbund hätte überlassen werden müssen, bemerkte Lloyd George, er glaube an den Völkerbund. Wenn man dem Völkerbund jedoch eine Aufgabe stelle, für die er aus besonderen Gründen nicht geeignet sei, schade man damit nur dem Völkerbund. Der

Völkerbund sei noch im Entstehen begriffen. Jeder Mißerfolg, den er sehr gut vertragen könne, wenn er fest begründet wäre, würde jetzt vernichtend auf ihn wirken. Zwei Nationen würden sicher nicht kommen, wenn die Konferenz in Genua, auf der man alle Nationen zusammenbringen wolle, unter den Auspizien des Völkerbundes einberufen wäre, nämlich Amerika und Rußland, die mit dem Völkerbunde nichts zu tun haben wollten. Wenn man Frieden schaffen und die Weltwirtschaft wiederherstellen wolle, sei es notwendig, daß die beiden Nationen in Genua vertreten seien. Die Washingtoner Konferenz, erklärte Lloyd George weiter, hat den Frieden im Westen errichtet; die Konferenz in

Genua wird hoffentlich den Frieden im Osten bringen. Das ist unser Friedensprogramm. Es wird keinen Frieden geben, wenn nicht ein wirkliches Einvernehmen vorhanden ist, wenn nicht bei diesem Einvernehmen eine beträchtliche Verminderung der drückenden Rüstungen erfolgt, die immer noch auf der Welt lasten. Wenn in Genua ein Einvernehmen erzielt wird, werden sicher die Nationen selbst die Herabsetzung der Rüstungen verlangen. England hat das Beispiel gegeben. Es hat das Heer unter die Vorkriegsstärke herabgesetzt und den Bestand der Flotte und der Luftmacht verringert.

Sozialistische Mehrheit in Braunschweig.

Am Sonntag fanden in dem sozialistischen Braunschweig die Neuwahlen zum Landtage statt. In der Stadt Braunschweig selbst wurden insgesamt 41743 bürgerliche und 45302 sozialistische Stimmen abgegeben. Von den sozialistischen Stimmen entfällt die Mehrzahl auf die Unabhängigen, die aber trotzdem Verluste zu unseren Gunsten erlitten haben. Die kommunistische Partei brachte insgesamt 4721 Stimmen auf. Die Wahlbeteiligung betrug 99 Prozent. Die Wahl selbst ist ruhig verlaufen. Nach der Ueberzucht, soweit sie bis heute Vormittag 6 1/2 Uhr möglich war, wird die sozialistische Mehrheit auch in Zukunft bestehen bleiben.

Innenpolitische Streiflichter.

Die Sozialdemokratie konzentriert unter Zurückstellung ihrer programmatischen Forderungen im Augenblick ihre Hauptkraft darauf, dem Vorstoß der neuen französischen Regierung gegen das deutsche Volk eine Politik entgegenzusetzen, die Herrn Poincarés geschickte Anfragen und Mandate entkräftet, indem sie zugleich mit den neuen schweren Opfern der verbrauchenden Massen auch ein Opfer des Restes zu erzwingen sucht, das unseren Erfüllungswillen bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit durch die Tat beweisen könnte. Niemand im Inland oder Ausland zweifelt ernstlich daran, daß nur auf diesem Wege Deutschland dazu beitragen kann, die in Cannes beinahe gequälte erste große Ermäßigung unserer Lasten zu sichern und für die weitere Zukunft einer vernünftigen Beurteilung der Reparationsfrage im Ausland unter Ausschaltung der politischen Verdächtigung Deutschlands nach dem Schema Poincaré den Weg frei zu machen. Jeder bürgerliche Handelsredakteur konnte bestätigen, daß jeder Erfolg der Sozialdemokratie auf diesem Wege eine unmittelbare Verbesserung für unsere Baluta bringen würde. Was von alledem aber erfährt der Leser der bürgerlichen Presse, wenn man das eine oder andere linksdemokratische oder Zentrumsblatt einmal beiseite schiebt? Wie nimmt a. B. die Presse der Deutschen Volkspartei die Vorschläge unseres Genossen Löbe auf, die doch mindestens ihren gebildeten Lesern, die immer von nationalen Opfern festreden, sympathisch sein müßten? Der Abgeordnete Freyher von Richthofen hat sich für Schlesien jetzt, nachdem seine Breslauer Zeitungsaufpläne bisher immer im letzten Augenblick gescheitert sind, und die verwalteten Generalanzeigerpresse trotz allen Freundschaftsdiensten doch nicht treu genug ist, ein eigenes kleines Blättchen aufgemacht, die gelegentlich wegen ihrer immerhin realpolitischen Ablehnung der extremen Orgelshauptlinge von uns bereits zitierte „Schlesische Nationalzeitung“. Dort wird Löbes letzter „Volksrecht“-Vorstoß für eine großzügige, der außenpolitischen Situation angepasste Steuer- und Wiederherstellungspolitik in ausführlichem Leitartikel besprochen. Und was erzählt der volksparteiliche Leser? Daß Löbe diesmal die Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung gefordert habe, daß er den Unabhängigen schon gute und ähnliche mehr. Worauf lange parteipolitische Mahnungen an die Nachbarparteien der Volkspartei folgen, sich um Gotteswillen vor einer solchen parteipolitischen Konstellation in Acht zu nehmen. Kleinliche partei- und wahlpolitische Erörterungen ohne den Schatten eines Hinweises auf Löbes sachliche Programm und die außenpolitische Lage! Genosse Löbe hatte dabei von der Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung schon deswegen mit keinem Wort gesprochen, weil die Unabhängige Partei, wie er gerade dargelegt hatte, eine solche Koalitionspolitik eben ablehnte und nur in der parlamentarischen Praxis die Reichsregierung gelegentlich gegen rechts unterstützt. Er hat die Unabhängigen nicht unter agitationspolitischem, sondern unter sachlichem Gesichtspunkt so wirksam kritisiert, daß die unabhängige Presse sich ausführlich darauf verteilen muß. Aber er hat immerhin die Unterstützung der Unabhängigen für unsere Steuerpolitik gewünscht und sich als grundsätzlicher Anhänger der Einigung der Arbeiterklasse bekannt. Da begreifen wir schon, wenn die „Schlesische Nationalzeitung“ nicht mehr versteht, daß sich ein Politiker sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen kann.

Ein kleiner Trost für unsere Volksparteiler dürfte die Meldung der „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ sein, daß bei der nächsten Reichstagswahl Gustav Noske zum sozialdemokratischen Spitzenkandidat eines vorläufig noch schamhaft verschwiegenen Wahlkreises auszuwählen sei. Auch aus seinem früheren Wahlkreise Chemnitz sei Noske gebeten worden, zu kandidieren, was er aber abgelehnt hätte. Wir vermuten, daß die Chemnitzer Aufzählung nicht von der dortigen sozialdemokratischen Parteileitung ausgegangen ist. Erheben doch die Chemnitzer Genossen seit längerer Zeit den Anspruch darauf, sogar dem sozialdemokratischen Parteivorstand, dessen Vorsitz doch immer ein paar hundert Kilometer weiter links von Noskes Weg liegt, „radikale“ Opposition zu machen. Allerdings verstand man in Chemnitz damit gelegentlich auch die Unterstützung der Außenpolitik Max Cohens, die sich immerhin zum Beispiel in der russischen Frage rechts von Briand hielt und vom letzten Kongreß der zweiten Internationale mit Ausschluß wegen reaktionärer Gesinnung bedroht wurde. (Fall Alexinsk.) Wir haben Noskes persönliche Opferfreudigkeit und Tapferkeit immer anerkannt, und gerade in der Zeit hervorgehoben, als nach dem Kampfe einzelne Parteiblätter bereits nach einem Staatsgerichtshof, andere nach Parteiausschluß gegen ihn verlangten. Sein Wiedereintritt in die parlamentarische Politik bedauern wir im Interesse des politischen Ansehens unserer Partei. Er ist kürzlich hat der Kappisten-Projekt ja Noske wieder Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß seine Tatkraft in entscheidenden Stunden ganz auf Rosen jeiner Einsicht lehte. Er hat sogar dem General von Seeckt noch den billigen Triumph gelassen, damals den einzigen strategischen Gedanken auf republikanischer Seite — Kapp einen „Lufstoch“ führen zu lassen und ihn dadurch in das Mißgeschick zu bringen, zu regieren statt zu liegen — gegen Noske vertreten zu haben, der seinerseits kein anderes Mittel kannte, als hier wie früher um jeden Preis stehen zu lassen, auch um den Preis der Niederlage der Republik. Inzwischen hat Noske als Oberpräsident von Hannover auch dort energiegeladene altpreussische Traditionen fortgesetzt. Er hat nicht einmal den Versuch gemacht, das demokratische Element in der sogenannten Welfenbewegung für eine Loslösung Hannovers von Preußen innerhalb des Reiches von dem monarchistischen Partikularismus der Cumberlander zu trennen. Er hat in der Groß-Hamburgerfrage die Unparteilichkeit der preussischen Kronins Hannover verachten wie ein konservativer Legitimist, ohne den Standpunkt der Hamburger, die Raum für ihren Wohlstand und für ihre Arbeiter brauchen, sachlich zu würdigen. Parteipolitisch ist Noske in letzter Zeit nur einmal über seinen engeren Wirkungskreis hinaus hervorgetreten: als erster Anwalt eines Zusammengehens von Sozialdemokratie und Volkspartei. Wenn die ihm nahestehenden Kreise Noske schon jetzt wieder ein Reichstagsmandat gesichert haben, so sollte das ein Mahnung an alle diejenigen Kreise unserer Partei sein, die Noskes Wirken nicht dem der Spaltungspolitik und der russifizierten Partikularisten für das größte Unglück der deutschen Arbeiterbewegung nach der Revolution halten. Sie sollten dafür sorgen, daß rechtzeitig auf die nächsten Kandidatenlisten für den Reichstag neben den Vertretern der verschiedenen geographischen und beruflichen Interessengruppen innerhalb der werktätigen Bevölkerung auch genügend zahlreiche und leiste Politiker von führender Energie erscheinen, die ellenbogenstarken Männern wie Noske entgegenzutreten können.

Wie von deutschnationaler Seite heute die Politik allseitiger Opfer für die Nation und ihren Staat durchkreuzt wird, die uns allein vor neuer Zerreißen durch den iranischen Imperialismus mit seinen bereits wieder aufstrebenden Rheinlandsplänen schützen kann, zeigt am besten ein Blick in Gelegenheitsreden rechtsstehender „Intellektueller“. Die „Schlesische Zeitung“ veröffentlichte gestern gleich zwei solcher Ergüsse und legt den Verfasser des einen, den Breslauer Juraprofessor Helrich, der bisher wenig-

stens als intelligent galt, vor aller Welt dadurch herab, daß sie sogar seinen Namen preisgibt, der bei dem anderen Helrichredner, einem westfälischen Gymnasialdirektor vorläufiger verschwiegen wird. Helrich sagt in seiner Reichsgründungsrede, in der jeder sachliche Einfall fehlt oder unterdrückt ist unter anderem von der heutigen Zeit:

„Nationales Empfinden, das alle befeelen sollte, es wird verpönt, es wird bekämpft, als sei es Sache von Parteien. Dagegen legt sich auf die verblendeten Gemüter das Traumgebilde der Völkerveröhnung und des ewigen Völkerehrens.“

Das nationale Empfinden für eine Partei in Anspruch zu nehmen, war bisher nur Sache der Deutschnationalen, gegen die sich diese Worte offenbar nicht richten sollten. Nationale Maulwurfsgräber von dem Stil dieser Helrichschen Rede zu bekämpfen, empfinden dagegen alle diejenigen als Pflicht, die sich ein Gefühl für die Würde eines geschlagenen Volkes bewahren, die sich durch ihr Verhalten in den gefährdeten deutschen Grenzstrichen und in ihren wirtschaftlichen Opfern für Deutschlands Befreiung vom Druck der Sieger das Recht erworben haben, solche Reden zu verachten. Helrich kriegt es fertig, die ganze Völkerveröhnung mit ein paar Schimpfworten gegen Genj abzutun, zu denen in dem preussischen Landwehrmann, in dem er seine Rede hielt, kein Mut gehört. Nicht mit einem Wort dagegen streift er die Frage, ob unteren deutschen Brüdern im abgetretenen Gebiet unter Beitritt zu diesem unvollkommenen Völkerbund nicht große Erleichterung vom fremdnationalen Druck bringen könnte, worauf bisher allein von sozialdemokratischer Seite hingewiesen worden ist. Statt nationaler Politik genügen in Verbindung mit einigen Salamandern nationale Kraftworte und Haffpredigten, für die ausdrücklich noch die französische Chauvinisten-Politik als Vorbild hingestellt wird.

Der andere Helrichredner der „Schlesischen Zeitung“, der anonym bleibt, macht es sich noch leichter. Er behauptet einfach, daß alle Verluste Deutschlands durch den Kriegsvertrag der 9. November gebracht hätte. Der Mann hat anscheinend das Datum des Waffenstillstandes angedeutet seines Helden Ludendorff nie gesehen, möchte aber trotzdem gern die Jugend politisch belehren und Schuldirektor bleiben. Man begreift, daß er anonym bleibt.

Die letzte Reichstagsitzung.

Beamtensend. — Trauerkunde aus Rom. — Die Not Ostpreußens.

Seamienos! Sie muß schon einen recht bedenklich hohen Grad erreicht haben: denn im Reichstag wurden am Sonnabend bei der Beratung des Gesetzesentwurfes, der für eine Erhöhung der Beamtenselbstverpflichtung sorgen soll, Töne angehört, die zu denken geben. Sogar der Redner der Deutschen Volkspartei, der Abg. Moritz erklärte, daß endlich einmal etwas Durchgreifendes geschieden müßte, um der wachsenden Unruhe, die durch die ganze Beamtenschaft gehe, zu heuern. Welche Hilfe tut man. Das Klang aus den Reden aller Parteien hervor. Der Gesetzesentwurf ist mehr eine Ratmaßnahme, die dafür sorgen soll, daß Beamte und Angehörige rasch das nötige Geld in die Finger bekommen. Die Vorlage wird in dritter Lesung unbedenklich angenommen.

Präsidenten Erbe teilt dem Reichstag mit, daß bei dem Reichspräsidenten Joseph die Nachricht einlief, Papst Benedikt XV. sei entschlafen. Genosse Erbe fand treffliche und passende Worte zur Charakterisierung des verstorbenen Papstes, die auf das Haus tiefen Eindruck machten. Als Deutschland von einer Welt von Feinden umgeben war, Artesskurie und nationalerischer Haß das deutsche Volk schwer bedrückten, da war es Benedikt XV., der immer wieder inmitten der tobenden Kriegshölle den Mut fand, auch ein Wort zugunsten Deutschlands zu sagen. Kreuze in der Not sind selten, aber wertvoll. Das Verhängnis wollte es, daß die Friedensbemühungen und Friedensvermittlungen des Papstes an der Starrköpfigkeit der Entente scheiterten und an der Unruhmacht der Ludendorff-Clique scheiterten. Trotzdem vergeht der Papst wie der Reichstagspräsident rühmend hervor, daß Deutschland nicht, war der Krieg noch über, so war ja noch lange nicht die Not darüber. Die deutschen Kinder haben an dem Papst in Rom einen wärmeren Freund gehabt, als an den gekürzten Erben in Doorn.

Es folgt eine Beratung über Note Ostpreußens.

Man kann dem Zentrumsabgeordneten Dr. Kellner nicht so ganz unrecht geben, wenn er meint, es beruhe etwas peinlich, daß die Besprechung der Not Ostpreußens vor so fernem Hause vor sich gehe. Alle Redner sind sich darüber klar, daß für die Einberufung der Not Ostpreußens mehr getan werden muß, als bisher. Die Regierung erklärt, sie wolle den Bau des masurenischen Kanals fördern und zugleich mit dem Kanal große Kraftwerke schaffen, die bei der Kohlennot in Ostpreußen für die Landwirtschaft und Industrie zweifellos von großem Wert sein muß. Dieser Kanalbau wird 300 Millionen kosten, viel Geld also. Trotzdem — darüber sind sich alle Parteien klar — muß das Wirtschaftsleben Ostpreußens mit allen Kräften gefördert werden, wenn die politische Umklammerung Ostpreußens nicht leichtes Spiel haben soll.

Die kommunistischen Schmerzenskinder im Landtag.

Die Kommunisten sind am Sonnabend im preussischen Landtag, dank der Günst des Zufalls, mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Annahme jenes Gesetzes, daß einem von der Sitzung ausgeschlossenen Abgeordneten die Diäten entzogen werden, war nicht zu verhindern, und vernünftiger Weise beantragte sich Dr. Meyer mit einem formellen Protest und Kommandierte die Seinen nicht zu einer sinnlosen Obstruktion. Genosse Graefinski sprach die Hoffnung aus, daß diese Bestimmungen niemals zur praktischen Anwendung kommen möchten. Auch bei den Straferfolgungen kam es zu keinen Sensationen. Im Falle Ehrlein begründete Genosse Dr. Rosenfeld die Zustimmung unserer Fraktion zur Genehmigung des Strafverfahrens mit dem Schuß der republikanischen Interessen, der schließlich noch höher steht als die Immunität eines Abgeordneten. Die Parteifreunde Görclins verhielten sich vergeblich, den Sünder rein zu waschen und das Material des „Vorwärts“ als gefällig oder bedeutungslos hinzustellen. Aber weder Ehrlein, noch Ziegler, Schoenbeck oder Scholten geht es vorläufig an den Kraken. Für Ziegler wurde die Genehmigung überhaupt verweigert, die Abstimmungen über die Fälle Schoenbeck und Ehrlein die namentlich sind, finden erst am Dienstag statt, und der Fall Scholten wird nicht ausreichend getätigt, in die Kommission zurück. So können sich wenigstens zwei der Reichstagsmitglieder bis auf weiteres noch ungehindert ihrer Abgeordnetenherlichkeit erziehen.

Der tote Papst.

Papst Benedikt hat in seinem letzten Willen bestimmt, daß sein Leichnam mit den Pontifical-Gewändern bekleidet drei Stunden lang im Thronsaal und danach zwei Tage hindurch in der Peterskirche ausgestellt wird. Nach dem Tode des Papstes hat Kardinal Gasparri die Leitung der Geschäfte übernommen.

Das „Heilige Kollegium“ zählt gegenwärtig 61 Kardinals, davon 31 Italiener und 30 Ausländer. Unter den letzteren befinden sich 3 Deutsche, 5 Franzosen, 1 Belgier, 2 Oesterreicher, 1 Ungar, 1 Tschechoslowake, 2 Polen, 1 Holländer, 6 Spanier, 1 Portugiese, 5 Amerikaner, 1 Kanadier und 1 Brasilianer.

Die Vergrößerung des Eisenbahnverkehrs zwischen Oberschlesien und Westgalizien.

In Krakau fand in diesen Tagen eine Konferenz der Vertreter der Eisenbahndirektion von Krakau, der Handelskammer und des Magistrats statt. Es wurde beschlossen, eine neue Eisenbahnlinie zwischen Schmalowol und Myslowitz einzurichten, um den Krakauer Eisenbahnnoten zu erweitern. Der Beschluß wird mit der Begründung gefügt, daß zurzeit ein Bedürfnis besteht, den Eisenbahnverkehr zwischen Oberschlesien und Westgalizien zu vergrößern.

Die Denkschrift der deutschen Regierung über den von der Reparationskommission verlangten Reform- und Garantieplan.

wird voraussichtlich am Donnerstag nach Paris durch Kurier übermittelt werden. Am Sonnabend beschäftigte sich eine Besprechungsmit den einzelnen Entwürfen. Das Reichskabinett wird über die redaktionelle Form und den Inhalt am Dienstag Beschluß fassen.

Spuren im Schnee.

74) Von Sven Eisekrab

Kultivierte Uebersetzung. — (Nachdruck verboten.)

„Es ist ganz einleuchtend, daß ich nicht leicht wieder erwache, sobald ich einmal eingeschlafen bin, wenn ich vorher so lange Zeit nicht schlief.“ „Ich habe es schon erlebt“, sagte er. „Aber nun müßte es doch der Schlaf im Begriff sein, dich wieder über ihn zu lassen.“ Er schloß die Augen, als eine Wärme um die Augen, und keine nächtliche Umgebung erwachte langsam aus seinem Bewußtsein. Nichts blieb zurück als eine unendliche Ruhe, in der keine Sinne aus der Grenze zwischen Wirklichkeit und Illusionen hervorkamen. In diesem Traum, in dem er sich in einem nebelhaften Traum, in dem er eine Menge Gesichter zu sehen meinte, die ihn in einem langsamen Wirbel umkreisten. Hier und da leuchtete er wieder in die Wirklichkeit zurück und hatte einen gewissen Eindruck von seinem Zimmer der roten Tapete und den Möbeln, die unheimlich stillstanden. Aber unabhängig, ob im Traum oder in der Wirklichkeit, hörte er ein Summen von vielen Stimmen um sich her. Die Stimme kam dieser Sinnesinbildung nur vom kommenden Ton der brennenden Lampe her. Ihn war es ein rätselhaftes Murmeln von vielen Stimmen, ein Getöse von hohen und tiefen, lachenden und fluchenden Tönen, das ihm ins Ohr drang. In einem klaren bewußten Augenblick sah er sich selbst in Hemdarmeln im Schlafstuhle sitzen. Er hatte alle, ohne es zu wissen, den Kopf ausgezogen. Er sah alle wieder in seinem Schlafstuhle, und sein Haupt schwebte in ihm die Vorhänge herunter, er lagte in einer großen Wiege, in der er gewiegt wurde.

Und siehe da, nun sitzt der Doktor, Doktor Glabin, zu ihm durch den Fenster herein. Der kalte Wind der hereinstrmte, als das Fenster geöffnet wurde, blste den weißen Vorhang und schwellte ihn zu einem nrrenden, halb wahnwitzigen, halb wahnwitzigen, halb wahnwitzigen Segel mit der Herber hervor wie ein geheimnisvoller Pfeifer aus weiter dunkler Ferne. Es war, als ob sein oas sein Hearen unklarer Gesicht, in dem ein seltsames Lächeln lag, ein seltsames Lächeln zum Vorhnchen kommen und ihm den kalten Duft von kaltem heringelagerten wche, bis es auf einem Sofa zu ihm kam, der sich allmählich zu schlerte. Er sah den Kopf und Krnne verhalten und als wenn er den Kopf über den Kapitän legte.

„Sind Sie es?“ fragte der Kapitän. „Ich meinte, Sie seien tot.“ Doktor Glabin bewegte seine blsterten Lippen und flüsterte dem Kapitän ein Geheimnis zu. „Ich kann nicht hören, was Sie sagen“, erklärte der Kapitän. „Es sind da rngende zu viele Stimmen.“ Doktor Glabin drehte langsam den linken Arm aus, wie um den Kapitän anzufordern, sich anzuschauen. „Sie kommen alle mit leuchtenden Fdeln“, sagte der Kapitän. „Sie brennen nicht recht, Sie glühen nur rot.“ Da deutete sich Doktor Glabin wieder über ihn und flüsterte ihm etwas zu, was diesmal konnte der Kapitän verstehen, was er sagte. Das war während sein Flüstern mehr, das war Doktor Glabins richtige Stimme, die ihm, wie durch ein Telephon, sph und leicht ins Ohr drang. „Es sind keine Fdeln, es sind Lchter!“ Und wirklich, es waren Lchter eine Menge Lchter in Reihen, den Wänden entlang. Sie leuchteten in verschiedenen Farben, hatten aber alle einen hellen Glanz. Einige waren hnlich, andere hnlich, wieder andere hatten eine andere, aber überhaupt nicht zu bezeichnende Farbe. „Das sind aber doch keine Lchter“, sagte der Kapitän. „Das sind die Glstalbn in der Apotheke.“ Zur ging Doktor Glabin an eines der Gesichter hin, und indem er auf eines der Glstalbn deutete, sagte er: „In dieser Glstalbn, die habe ich selbst in Stäube gehngen.“ Sher nahm der Kapitän den Hüter vom Ohr — jetzt erst merkte er, daß er am Telephon saß — und legte ihn auf den Tisch. Aufmerksam betrachtete er die begehrte Glstalbn. Zuerst meinte er, sie enthalte nur eine dunkle, unklare Hnlichkeit, aber allmählich zogen sich weiße Strahlen durch die Hnlichkeit, wie wenn das Glas, das sie umgab, nach allen Seiten gelbten wäre und in Stäube geben wllte. Und wie diese weißen Strahlen zahlreicher wurden, durchdrang sie die Hnlichkeit mit einem Licht, das hlle immer heller wurde. Und allmählich ging diese Hülle in einen gelblichen Schein über, der ja fast wurde, daß er dem Kapitän die Augen blendete. „Sag mir, was es ist“, sagte der Kapitän. „Es ist ein Telephon.“ Aber da sah sich Doktor Glabin von neuem über ihn. „Der Herr Doktor mager sich“, sagte der Kapitän.

„Meinen Sie?“ fragte der Doktor lächelnd und griff dabei mit seiner rechten Hand um den Arm des Kapitäns. Der Kapitän empfand diesen Griff wie einen Schmerz, der vom Arm aus durch seinen ganzen Körper drang. Es war ein eigentümlicher Schmerz, wie einige Kälte, gemischt mit brennendem Feuer. Und mit diesem Schmerz traupte sich eine mahlige Angst in sein Herz. Er fuhr in die Höhe. Der Kapitän meinte einen Schrei zu hören, den er selbst ausgestoßen haben möchte. Er meinte, noch einmal Doktors blsterte Lippen zu sehen, die mit einem pflglichen Lächeln zwischen dem dunklen Tapetenmuster verschwanden. Aber sein Sehen war merkwürdig unklar, seine Augen waren immer noch wie von dem gelben Schein der geheimnisvollen Glasfsche auf dem Bordtisch gebend, und es währte eine ganze Weile, bis er sich über dieses Licht klar wurde und erkannte, daß der Lampenschirm die ganze Zeit über auf seine geschlossenen Augen gefallen war. Er barg das Gesicht in den Händen. „Gott im Himmel, ich weiß nicht mehr, wo ich bin!“ flüsterte er. Gewaltig iperte er die Augen auf und saß sich um, und einen Augenblick nähte er sich beruhigt, als er all die bekannten Gegenstände um sich her, seine Möbel und Bilder, die weiße Glasbede, die weißen Vorhänge und den alten, abgetretenen Bodenbelag erblickte. Auf dem Tisch lag der Wechsel. Da liegt das Papier und rührt sich nicht“, dachte er. Dann erinnerte er sich an das Lächeln der blsterten Lippen, wie er es im Traum so deutlich gesehen hatte, und empfand eine namenlose Beangstigung, weil er wuhte, daß alle diese Gesichter und Träume ihn noch lange verfolgen wrdem. Bhlich wurde er ganz starr und keif. Es war ihm eingefallen, daß er soeben geträumt hatte, der Räuber habe ihn mit seinen eisernen Fingern um den Arm gefaßt. Er meinte immer noch den Griff zu fühlen, und unwillkürlich schauete er nach seinem linken Handarmel. Denktlich waren auf dem weißen Sinnen Fingerabdrücke zu sehen: Abdrücke blstiger Finger! Unter dem namenlosen Entsetzen, das den Kapitän bei diesem Gedankengang ergrieff, war ihm nur eines vollständig klar: es träumte nicht mehr — er war vollständig wach und hat seinen Besinnung!

Kadets Hirtenbriefe.

Aus einer kommunistischen Redaktion geht uns folgender Artikel mit der Bitte um unbedingten Abdruck zu. Der fragliche Redakteur will zurzeit noch nicht genannt sein, um der R.P.D. keine Handhabe zu seinem Ausschluß aus der Partei zu liefern; er will vielmehr von selbst austreten, wenn sich die R.P.D. nicht an Haupt und Gliedern reformiert. Wir beneiden ihn zwar nicht um den Glauben, daß dies gelingen könnte, aber seiner Bitte um Abdruck des Artikels wollen wir hiermit nachkommen.

Die Redaktion der „Volkswacht“ Karl Kadel, der nicht etwa Kasse, sondern in Oesterreich geboren ist, hat vor dem Kriege schon viele Jahre in Deutschland verbracht und im sozialdemokratischen Parteigetriebe an sichtbarer Stelle gestanden. Er war Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen und auch Karl Kautsky, der damals das wissenschaftliche Organ der Partei, „Die Neue Zeit“, leitete, wußte seine Mitarbeiterkraft zu schätzen. Bei Ausbruch des Krieges war seines Weibchens in Deutschland nicht mehr. Er ließ sich nach der Schweiz über, wo er in enge Beziehungen zu Lenin, Trotski und ihrem Umhang trat, mit denen er im Jahre 1917 in dem von der deutschen Regierung ihnen gestellten Extrazug das galizische Land verließ. Bis nach Rußland begleitete er jedoch seine Genossen nicht, sondern blieb mit einigen anderen Genossen als ihr Vertreter in Stockholm zurück.

Seit es Lenin und seinen Freunden gelungen ist, in Rußland die Regierungsgewalt an sich zu reißen, spielt Karl Kadel eine viel beachtete Rolle. Dies jedoch weniger durch irgend welche Genialität bei Veranlagung, als vielmehr durch seine Kühnheit, Verschlagenheit und vielseitige Verwendbarkeit, die ihn zu distanzellen Geschäften als besonders geschickt erscheinen lassen. Er ist, was man beim Theater eine Utilität nennt. Ein krauscherer Mensch mit anschlagigem Kopf und von latinischerer publizistischer Fruchtbarkeit. Es taucht in der 3. Internationale und in den ihr angeschlossenen Landesparteien keine irgendwo bedeutungsvolle Frage auf, zu der er nicht sofort Stellung nähme. Das geschieht in Broschüren und Zeitungsartikeln. Seine Verdienste um die Förderung der Papierindustrie sind unbestreitbar.

Doch Karl Kadel schreibt zuviel und bringt sich dadurch nach und nach um seinen Kredit. Die Anregungen, die er gibt, und die Gedanken, die er propagiert, sind zudem kaum jemals völlig ausgeglichen. Er ist meistens sechsmonatlicher und haben nur kurze Lebensdauer. In seiner nächsten Broschüre, in dem Zeitungsartikel, den er morgen schreiben wird, zieht er sie schon wieder aus dem Verkehr zurück und gibt dafür einen Ersatz, dem freilich gleichfalls kein langes Leben beschieden ist. Dabei kommt es ihm auch gar nicht an, daß zwischen seinen Anschauungen von gestern und heute ein unversöhnlicher logischer Zusammenhang besteht oder daß sie gar mit einander vereinbar sind. So engberzig ist Karl Kadel nicht. Er kann schreiben rechts und kann schreiben links, er schreibt stets gerade so, wie es ihm jeweils zweckmäßig erscheint.

Die Bedeutung dieses Mannes als eines politischen Schriftstellers würde nicht sehr groß sein, wenn nicht die Auffassung bestände, daß er für Deutschland als Sprachrohr der Exekutive der 3. Internationale fungiere. Mit einer gewissen Einschränkung ist dies auch zutreffend. Es ist durchaus begründet, daß die Moskauer Exekutive, wenn sie zu den deutschen Angelegenheiten Stellung zu nehmen beabsichtigt, sich mit dem Genossen ins Einvernehmen setzt, der so lange in Deutschland gelebt hat und dort gründlich Bescheid weiß. Kadel ist auch zu diesem Zweck wieder unter Galt gewesen und hat sich lange genug im Gefängnis der Dehler Straße einer Schughast erfreut, in der ihm durch radiante Soldnachte um ein Haar das Schicksal von Leo Jogisches bereitet worden wäre. Er kennt also das Deutschland der Nachkriegszeit ebenso gut, wie das vor 1914 und ist infolgedessen die geeignete Anstufsstelle der Exekutive über alles, was Deutschland betrifft. Ingefahr das, was für Bismarck keine Geheimräte waren — ein Nachschlagewerk handlichen Formates.

Auf dieses tatsächliche Verhältnis geht die Auffassung zurück, daß Karl Kadel gewissermaßen der Generalvollmächtigte der Moskauer Exekutive für Deutschland sei. Und er selbst tut alles, um dieser Auffassung Nachdruck zu geben. Es vergeht selten eine Woche, ohne daß eine Broschüre oder doch zum mindesten eine lange Artikelreihe von ihm in Deutschland herauskommt, die den Raum der Parteiorgane ungebührlich in Anspruch nimmt. Kadets Schreibweise ist nichts weniger als feilschend. Sie ist unpersönlich in hohem Grade, und auf Grund seines Stils kann

man sich von dem Meinigen Kadel kein Bild machen. Ueber weite Strecken des Flachlandes rast seine Feder dahin, der sprachliche Ausdruck ist oft ärgstes Papierdeutsch, und der innere Zusammenhang, die überzeugende Folgerichtigkeit der dargelegten Gedankenreihen werden nur allzu häufig vermist. Begreiflich ist es daher, daß die Beiträge dieses Schriftstellers für schlichte Arbeiter, die ganz anders angepaßt und interessiert werden wollen, langweilig sind. Seine langatmigen Ausführungen werden von wenigen nur gelesen. Und die da glauben, dieses Opfer bringen zu müssen, haben dessen keinen Gewinn.

Unter den Leuten vom kommunistischen Bau spricht man, wenn der Moskauer Kurier wieder mal einen Beitrag von Kadel gebracht hat, mit halb belustigtem, halb spöttischem Lächeln von einem neuen Hirtenbrief. Aber unversehrt schreitet man zur Veröffentlichung, weil man glaubt, damit im Sinn der Moskauer Zentrale zu handeln. Man tut es auch dann, wenn man mit dem Inhalt nicht einverstanden ist, was oft genug der Fall sein mag. Kadel nimmt nämlich als etwas ganz Selbstverständliches das Recht in Anspruch, der Zentrale und dem Zentralauschuß der R.P.D. ihre Aufgaben anzuweisen und bezüglich ihrer Durchführung ihnen mit „Richtlinien“ an die Hand zu gehen. Als Erziehungsdiktator macht er einmal geltend, daß es der Partei noch an der sicheren, ruhigen Leitung fehle, die weder fürchte, zu radikal, noch zu opportunistisch zu erscheinen und stets tue, was unumgänglich und notwendig sei. (Schluß folgt.)

Kadel reinigt die R.P.D.

Am Sonntag vormittag trat im Reichstag der Zentralauschuß der kommunistischen Partei zusammen um mit den sogenannten Opportunisten innerhalb ihrer Partei Abrechnung zu halten. Kadel ist zu diesem Zweck aus Moskau erschienen und soll eine Liste der auszuschließenden Mitglieder haben, die bei der deutschen Zentrale wegen ihres großen Umfanges jedoch keine Billigung gefunden hat. Sicher ist jedoch damit zu rechnen, daß mindestens 30 bekannte Kommunisten aus der Partei, die sie selbst mit ausgehoben haben, ausgeschlossen werden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion besteht heute nur noch aus Mitgliedern des Zentralvorstandes. Alle anderen Angehörigen sind bereits zur kommunistischen Arbeitsgemeinschaft übergetreten. Durch diese Trennung der kommunistischen Brüder, die trotz aller Reinheitsfurcht im Reichstag noch Platz an Platz nehmen, bilden weder die Kommunisten noch Schläge Eisen. Höflich um, noch die kommunistische Arbeitsgemeinschaft eine fraktion. Offiziell ist die Trennung dem Reichstagspräsidium noch nicht mitgeteilt worden. Man erwartet jedoch von dem großen Raub des gestrigen Tages, daß die Scheidung der Welten sich jetzt endgültig und offiziell vollzieht.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Deutsch-Dissa. Aus der Partei. Am 13. Januar fand bei Folgner unsere Vierteljahresversammlung statt. Genosse Blasche sprach über die politische Lage und gab seine Ausführungen uns erneut den Beweis, daß die S.P.D. sich auf dem rechten Wege befindet. Seine Ausführungen erzielten lebhaften Beifall. Hierauf wurde zur Auswahl des Vorstandes geschritten. Genosse Botte, der bisherige Ortsgruppenführer, legte sein Amt nieder und wurde an seine Stelle Genosse Grundwitsch und als 2. Vorsitzender Genosse Klein gewählt. Genosse Schirbom ging als Kassierer aus der Wahl hervor. Genosse Botte erluchte die Genossen durch regen Besuch der Versammlungen den neuen Vorstand zu unterstützen. Zu bemerken ist noch, daß der vor kurzem ins Leben gerufene Arbeiterbildungsausschuß in der nächsten Zeit kein Programm der Öffentlichkeit unterbreiten wird.

Aus der Provinz Schlesien.

Beschlechterung auf dem Arbeitsmarkt.

In der Reichswacht (5.-11. Januar) machte sich eine Wendung zum Schlechteren in der Arbeitsmarktlage bemerkbar. Die Zahl der Arbeitsuchenden, sowie die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger stieg nicht unwesentlich.

Infolge ungünstigen Winters litten die Löhnerarbeiten stark. Ebenso mußte die Überschikfabrik infolge starken Frostes eingestellt werden, obgleich die Wasserhöhe zur Zeit die Schiffahrt im vollen Umfange zulassen würde.

In der Landwirtschaft stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften stark. Der Bedarf konnte im allgemeinen bis auf

jungeren männliche und weibliche Arbeiterfamilien hat sich in einzelnen Bezirken noch vermehrt, während in anderen diese fast sämtlich untergebracht werden konnten. Ebenso besteht für landwirtschaftliche Beamte zur Zeit wenig Aussicht auf Stellung.

Im Bergbau war die Arbeitsmarktlage ruhig; der geringe Bedarf konnte örtlich gedeckt werden.

In den Geschäften und der Textillindustrie ist zur Zeit die Beschäftigungslage noch günstig. Es konnte eine Anzahl Vermittelungen vorgenommen werden.

In der Metallindustrie ist die Arbeitsmarktlage noch gut. Die größeren Firmen, namentlich des Breslauer Bezirkes, sind in den nächsten Wochen mit Aufträgen reichlich versehen. Auch aus der Provinz wird über günstige Beschäftigungslage in der Metallindustrie berichtet.

Eine nicht unglückliche Lage konnte auch in der chemischen Industrie verzeichnet werden.

In der Textilindustrie sind wesentliche Veränderungen im Streikgebiet von Reichenbach nicht zu verzeichnen gewesen. Die Lage hat sich infolgedessen verschärft, als sich der Transportarbeiterverband mit den Streikenden bezw. Ausgesperrten solidarisch erklärte und für die aussperrenden Firmen feinerer Waren beforderte. Zu Unruhen ist es bis jetzt noch nicht gekommen.

Im Holzgewerbe fehlt es nach wie vor an genügend Facharbeitskräften, namentlich an Metallschleifern und Kournierern. Größere Einstellungen von ungelerten Arbeitskräften nahm die Lübener Pianofabrik vor.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe macht sich besonders in den Schokoladenfabriken ein starker Mangel bemerkbar. So hat die Schokoladenfabrik Neustadt a. d. S. eine ganze Anzahl weiblicher Arbeiterinnen einstellen müssen; auch beabsichtigen die Kattiborer Schokoladenfabriken bennachst mit verletzter Arbeitszeit zu arbeiten. Ebenso fanden, wenn auch vorläufig noch in beschränktem Umfange, Entlassungen aus den Zigarettenfabriken statt.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe, besonders in der Konfektion besteht nach wie vor starke Nachfrage nach Schneidern und Schneidewinnen. Dagegen hat die Nachfrage nach Schuhmachern nachgelassen und zum Teil zu Betriebsstillstandungen geführt, so bei der Schuhfabrik Mellner in Ohlau, wo in nächster Zeit 42 Arbeitskräfte zur Entlassung kommen werden.

Das Baugewerbe war durch die unglückliche Witterung stark behindert. Die Zahl der arbeitssuchenden Bauhandwerker hat stark zugenommen.

Im graphischen Gewerbe war die Arbeitsmarktlage ruhig. In Glogau streikten die Steinbrüder der Firma Klemming, sowie das Personal der Hiedrudanstalt Hindenburg.

Für ungelerte Arbeiter bot sich wenig Erwerbsmöglichkeit. Im Handelsgewerbe ist die Lage unverändert. Es herrscht Ueberangebot an wenig ausgebildeten und ungedeckte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften.

Für Frauen war der Arbeitsmarkt lediglich stark aufnahmefähig für Hausangestellte, wo nur ein geringes Angebot der Nachfrage gegenüberstand.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften war am höchsten für ungelerte Tagelöhner und häusliche Dienste (Wäscher, Kattomik, Hindenburg), geringer für Fabrikarbeit, die Steinindustrie und das Schneiderhandwerk (Kattibor, Tarnowitz, Kattomik) und unbedeutend für den Bergbau (Hindenburg, Tarnowitz), sowie für die Landwirtschaft (Leobschütz und Bleß). Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war nichts wesentliches zu beobachten.

Spart Porto!

Bei den hohen Portopreisen ist es erforderlich, möglichst überflüssige Briefeingänge zu vermeiden und daher alles notwendige zusammenhängend an die Bezirksleitung oder die Abgabestellen und dergleichen zu richten.

Wir bitten daher besonders unsere Genossinnen und Genossen, sofern sie irgendwelche Wünsche, Beschwerden oder Anfragen haben, sich möglichst mit der Ortsleitung in Verbindung zu setzen, um auf diese Weise Briefe zu ersparen und alles in einem Schreiben an uns gelangen zu lassen.

Bei Schreiben an unsere Abgeordneten erlauben wir dringend, falls Antwort von ihnen erwartet wird, das erforderliche Rückporto beizufügen.

Der Bezirksvorstand.
A. U. G. Schlich, E. Janette.

Was wird aus dem Breslauer Stadttheater?

Aus Theaterkreisen erhalten wir die folgenden Darlegungen, die wir wiedergeben, weil zur Klärung der Breslauer Theaterfrage nach unserer Meinung alle interessierten Kreise sachlich zu Worte kommen müssen.

Viele von allen Kunstfreunden mit banger Erwartung gestellte Frage findet in den bisherigen spärlichen Verlautbarungen des Magistrats leider keine irgendwie befriedigende Antwort. Mit steigender Begehrtheit nach dem Publikum zu, wie die beliebtesten und leistungsfähigsten Mitglieder unserer Oper fortan angestellt werden. Man braucht kein Nachmann zu sein, um sich zu sagen, daß diese Verluste unerlässlich sind. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß das Angebot an guten Sängern in den letzten Jahren erschreckend abgenommen hat; gerade unsere köstliche Oper, deren finanzielle Leistungsfähigkeit ja immer durch einen allüberwiegenden Etat behrängt war, mußte im Kampfe gegen diese Schwierigkeiten, die sich auf aus Chorsänger und Musiker erstrecken, seit etwa drei Jahren etwas ins Hintertreffen geraten. Da sich andere Städte durch rechtzeitige Erhöhung der Gehälter die besten Künstler zu sichern wußten. Jeder Opernbesitzer weiß zudem, daß nur ein gut eingeleitetes Ensemble — leider fehlt uns der deutsche Nachausdruck für diesen Begriff — zu den höchsten Leistungen befähigt ist, wie sie die Wiedergabe der besten musikalischen Werte — man denke nur an Mozart! — fordert. Und wenn wir uns hier auch jeder Artikel enthalten wollen, so fordert doch die Gerechtigkeit, und mehr noch die Not der Stunde, festzustellen, daß am Breslauer Stadttheater die Ensembleleistung in des Wortes besserer Bedeutung geplatzt wurde. Wenn auch die Bürgerchaft hier leider nicht so erwachen mit ihrem Theater ist, wie wir es in vielen anderen Städten sehen, so gibt es doch auch in Breslau eine stattliche Reihe von Kunstfreunden, denen das Herz blutet, wenn sie untätig zusehen müssen, wie aus dem Luftholzen, mit Mühen und Opfern errichteten Bau ein Stein nach dem anderen herausgehoben wird, wie durch einen Felssturz Breslau seiner Oper beraubt wird, die die Ostpreussens führenden Kunstinstanz darstellt, um dessen willen Tausende nach Breslau pilgerten und den Ruf unserer Stadt mehr in die Ferne tragen, als gemeinhin bekannt ist.

Wenn der Magistrat behauptet, auch im Nachhinein eine Sreslaus würdige Oper erhalten zu können, so wäre es an der Zeit, bekannt zu geben, wie das gelingen soll. Die Forderungen des Magistrates sind einseitig das Gegenteil. Der Magistrat hat aber weder vor Kräftigung seines unheilvollen Beschlusses noch nachher irgend welche Schritte hinzugezogen oder auch nur befragt. Er hat in einer geradezu unbegreiflichen Ueberstürzung diesen katastrophalen Beschluß gefaßt, der wohl wie kein anderer der letzten Jahre Ueberlegung bedurft hätte. Diese Eile ist um so merklicher, als sie mit dem Beschluß der Stadtratsordnungs-Versammlung durchaus nicht im Einklang zu bringen ist, der ja dahin ging, der Magistrat solle der Frage einer Verpachtung des Stadttheaters nachzusehen. Dieses Nähertritten konnte doch nur darin bestehen, daß man von den Theater-Vereinbarungen Gutachten ein-

forderte, sich mit Nachsicht beriet, und das Resultat dieser Erhebungen dann den Stadtratsordnungen zur Beschlußfassung vorlegte. Das geschah jedoch nicht, und viele Stadtratsordnungsmitglieder sind wohl geschlagen, als sie hörten, der Magistrat habe kurzerhand die Aufgabe der Oper beschloßen.

Die Gerüchte wollen nun nicht vernehmen, daß die persönliche Betätigung des Theater-Departementen, der im Gegenlage zu seinem Vorgänger dauernd Konflikt mit der Theaterleitung und den Theaterangehörigen hatte, für die rasche Aufgabe unserer köstlichen Oper den eigentlichen Anlaß gegeben habe, und daß die finanziellen Gründe wohl mitbestimmen aber nicht ausschlaggebend seien. Die merkwürdige Eile, mit der die Stadtratsordnungen, ja sogar die Theaterdeputation (!), ungestört vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, verleiht den genannten Gerüchten einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit. Wenn sie sich bewahrheiten sollten, dann wäre allerdings kein Wort des Tadels, ja der Empörung zu sehr für das Verhalten des Departementen, der sich durch sein Verfahren offenbar nur den herostratischen Ruhm erwerben kann, den seiner Dohut anvertrauten Kunsttempel zerstört zu haben. Dann wäre das Urteil des Berliner Blattes noch zu milde, das in einem Artikel über den „Breslauer Theaterkandak“ von einer „künstlerischen und sozialen Verantwortlichkeit“ sprach, die „bisher in Deutschland noch nicht erlebt worden sei“.

Ob diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, wird sich schwer einwandfrei feststellen lassen. Die „Volkswacht“ hat es abgelehnt, zu dem Konflikt zwischen dem Departementen und den Angehörigen des Theaters Stellung zu nehmen, da ihr die Frage der Erhaltung des Stadttheaters wichtiger erschien, und wir an einen Zusammenhang dieser beiden Angelegenheiten nicht glauben konnten, zumal es vom Magistratsvertreter bestritten wurde, wenn auch in nicht gerade sehr überzeugender Form. Zudem wollten wir einem gerichtlichen Verfahren nicht vorziehen, das ja zur Klärung der Konflikte führen mußte nachdem gegen den Vorsitz der Theater-Angestellten auf Beschluß des Magistrats die Klage wegen Verletzung des Departementen angebracht worden sollte. Wie wir nun erfahren, ist dieser Magistratsbeschluß bis jetzt leider nicht ausgeführt und die Klage nicht eingereicht worden. Gemäß es ist nicht leicht, mit Bühnenkünstlern zu verhandeln, besonders mit unzufriedenen, weil schlecht bezahlten Bühnenkünstlern. Daß der Departement aber eine ganz besonders unglückliche Hand im Verkehr mit den Künstlern hatte, das zeigte sich schon kurz nach seinem Amtsantritt.

Es hat allerdings den Anschein, als ob der Departement von Anfang an seine Hauptaufgabe darin erblickte, die Personalunion des köstlichen mit den Vereinten Theatern unter der Führung Direktor Barnaus zu erreichen. Und man kann sich der Erwägung schwer verschließen, daß die ganze Eile offensichtlich vermeiden worden wäre, wenn der Theaterdepartement sich in der anschließenden Stadtratsordnungsversammlung mit der gleichen Energie für die Erhaltung des köstlichen Oper eingestellt hätte, mit der er jetzt für seinen beschändeten Sreslaus Stimmung macht. Auch diese Angelegenheit soll über Räte gebracht werden, denn die Entscheidung des Stadtrats mit dem stehenden Bureau „A. B. Oper“ (!) wurde nur bis zum 1. Februar befristet. Die Personalunion

ung soll also wahrscheinlich in nächster Zeit zum zweiten Male vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Schon jetzt wird von Kreisen, die dem Departement nahe stehen, verbreitet, außer Barnaus habe sich kein ernsthafter Bewerber gemeldet, und es bleibe nur keine andere Wahl, als ihm das Stadttheater zu übertragen. Gegen diese Art „Kulturpolitik“ kann nicht entschieden genug protestiert werden. Es ist höchste Zeit, das Breslauer Publikum aus seiner bedauerlichen Untätigkeit anzukräftigen und ihm klarzumachen, daß es keine bessere Kunst verdient, wenn es bei der Regelung solcher Fragen immer wieder die Hände in den Schoß legt und sich hinterher, wenn das Unglück geschehen ist, mit der billigen Resignation abfindet. Breslau werde eben vernachlässigt und sei die zurückgeliebene Großstadt. Es ist wirklich ein Schicksal, daß von Theater nichts versteht, es dafür aber ablieht sich von Kaskadenten betören zu lassen, ausschlaggebend für die Gestaltung unserer Theaterverhältnisse sein? Ist es nicht geradezu grotesk, jetzt, wo die Rettung eines Operntheaters zu den allerhöchsten Aufgaben gehört, das Stadttheater, — das ja vorwiegend Opern geben soll — einem Schauspielerdirektor in die Hände zu spielen, der, wie er selbst zugibt, von der Oper nicht das Geringste versteht? Daß die finanzielle Lage der Barnausischen Bühnen trotz ausgereicherter künstlerischer Leistungen nicht die besten ist, spielen die Sorgen von den Dächern. Will man dem Barnausischen Privat-Unternehmen eine breitere wirtschaftliche Grundlage geben? Ist damit der Stadt und der Kunst geholfen? Wir bezweifeln es. Ja, nicht einmal Barnaus Kapitalisten wird damit geholfen sein. Denn von einer Rentabilität dieser Neugestaltung unserer Theaterverhältnisse kann unteres Stadts nicht eine Rede sein, außer wenn die Stadt Subventionen von einer Höhe stellt, die auch die Beibehaltung des köstlichen Operntheaters ermöglicht hätte. Es ist irreführend, von der Wiedereinführung des „Sreslaus Ensemble“ zu sprechen und von ihm eine Rentabilitäts-erhöhung zu erwarten. Dr. Loewe hat tatsächlich nach einem Entem gearbeitet, und zwar hat er aus den Ueberresten des anderen Theater das Defizit der Oper teilweise zu decken vermocht. Er hatte aber erstens keine Konkurrenz, und zweitens erstellte er infolgedessen tatsächlich auf der einen Seite Ueberflüsse.

Worauf soll nun das „System Barnaus“ bestehen? Wenn der Theaterdepartement im Besitz der geschäftlichen Forderung ist, mit der aus zwei Zuschußbetriebe ein Ueberflusse betriebe gemacht werden kann, dann wundern es uns, daß sein Finanzamt nicht die Oper vor dem Zusammenbruch bewahren konnte. Wir verlangen daher, daß man zu retten, was noch zu retten ist, zu der ganzen Angelegenheit noch einmal die besten Theaterfachleute der großen Bühnenverbände für ganz Deutschland zu hören, bevor das geplante Experiment unserer schwerkranken Oper den Rest gibt. Da ist es selbstverständlich ausgeschlossen, den schon Ende dieses Monats ablaufenden Bewerbsverfahren abzuhalten, zumal die Klärung der Stadttheaterfrage durch Sachverständige vollständig die mittlere geschätzten Baukosten auf den Plan rufen wird. Wir fordern die Finanzamt des Stadttheaters, das die Klärung der Angelegenheit nicht wieder durch Ueberflüsse bewahren kann, die Klärung der Angelegenheit nicht wieder durch Ueberflüsse bewahren kann, die Klärung der Angelegenheit nicht wieder durch Ueberflüsse bewahren kann.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Parteimitglieder in den häuslichen Betrieben! Zwei Versammlungen aller in der Sozialdemokratischen Partei organisierten häuslichen Arbeiter und Angestellten finden Donnerstags, den 26. Januar, im Gewerkschaftshaus statt. Für den Nachtdienst vom 11 bis 12 Uhr, für alle übrigen abends 7 1/2 Uhr. Alle Parteimitglieder müssen erscheinen. Frauen sind mitzubringen. Kollegen, die der Partei beitreten wollen, bringe man mit.
Eisenbahner S. P. D. Mitglieder! Freitag, den 27. Januar, vier Versammlungen. Näheres wird noch bekannt gegeben.
Jungsozialisten. Heute Abend 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 32, spricht Genosse Birnbaum über das Götlicher Parteiprogramm. Abschnitt: „Neugliederung des Deutschen Reiches“. Alles vollständig erschienen.
Abteilung Pöpelwitz. Heute Abend 7 1/2 Uhr, Frauenversammlung bei Brüder, Pöpelwitzstraße 36. Rednerin: Gräulein Erna Müller.
Abteilung Scheitnig. District 23, 24, 25. Heute Abend 7 1/2 Uhr, Frauenversammlung im „Lefing“, Adalbertstraße 10. Redner: Genosse Winter.

Die Schuld an der schlechten Kartoffelversorgung.

In der Presse ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß die Bevölkerung nicht in der Lage gewesen sei, sich rechtzeitig mit Kartoffeln zu versorgen, weil die Eisenbahnverwaltung die zum Kartoffeltransport erforderlichen Wagen nicht rechtzeitig in genügender Zahl stellt habe. Auch von Reichstagsabgeordneten der verschiedensten Parteien sind wiederholt ähnliche Behauptungen aufgestellt worden.

Die Eisenbahndirektion Breslau teilt uns hierzu mit, daß diese Behauptungen, soweit die Wagenstellung im Eisenbahndirektionsbezirk in Breslau in Frage kommt, völlig unberechtigt und unzutreffend sind. In den Monaten Oktober, November und Dezember wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau insgesamt 5580 Wagen zur Beförderung von Kartoffeln angefordert. Von den für den Oktober angeforderten Wagen konnten 85 Prozent, von den im November angeforderten Wagen sogar 90 Prozent rechtzeitig gestellt werden. Die im Dezember angeforderten Wagen wurden restlos pünktlich gestellt und es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß alle im Oktober und November am Bestimmungsort ausgefallenen Kartoffelwagen immer am nächstfolgenden Tage gestellt werden konnten, jedoch diejenigen Kartoffeln, die in Schienen verfaßt werden sollten, auch tatsächlich befördert worden sind. Aufgefallen ist, daß etwa 5 Prozent aller geforderten Wagen nicht rechtzeitig gestellt oder entladen worden sind. In recht zahlreichen Fällen ist es auch vorgekommen, daß fertig beladene Wagen nicht abgeholt wurden, offenbar weil der Lieferant noch ein Steigen der Preise abwarten wollte, der ihm höhere Preise zu bewilligen bereit war.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß durch derartige Verzögerungen in der Lieferung der Wagen und in der Ver- und Entladung der Wagen die Wagenstellung selbst sehr erheblich leidet. Jedenfalls ist an der nicht rechtzeitigen Einbindung der Bevölkerung mit schlechten Kartoffeln nicht die Wagenstellung schuld, die gerade bezüglich der Kartoffeln im Direktionsbezirk Breslau als eine recht gute bezeichnet werden muß.

Die Logik der Hausbesitzer.

Es wird in letzter Zeit viel geredet vom Hausbesitzerstreik. Steuerfrei und anderes mehr. Die Hausbesitzer scheinen also die Waffe des Streiks als durchaus erlaubtes Mittel zur Durchdringung ihrer Forderungen anzusehen. Nun sollte man meinen, daß sie auch anderen Kategorien den Streik zugestehen würden. Weist gefehlt. Gegenwärtig streiken eine große Anzahl Hausmeister, da sie gar zu schlecht entlohnt werden, ja oftmals noch Geld geben müssen. Diese streikenden Hausmeister sollen jetzt von den radikalen Hausbesitzern aus ihren Wohnungen hinausgeworfen und an ihre Stelle Wohnungslose hineingemauert werden, die auch die Hausarbeit verrichten sollen. Damit die Sache einheitlich gemacht wird, sollen sich am heutigen Montagabend alle Hausbesitzer im Markthallen-Restaurant am Ritterplatz einfinden, die streikende Hausmeister haben. Und dies wurde in der großen radikalen Hausbesitzerversammlung am Sonntag vormittag im Konzerthaus beschlossen, wo ihnen jedes Mittel zur Erlangung ihres Zieles recht war. Die Hausbesitzer verlangen also offenbar auch für den Streik eine Ausnahmestellung für sich.

Die Hausmeister aber werden sich die Drohung der Hausbesitzer merken.

Die Steuerbeamten wehren sich.

Wir werden gebeten, „als Stimme einer öffentlich bloßgestellten Beamtenchaft“ folgende Ausführungen des Bundes Deutscher Reichssteuerbeamten zu veröffentlichen:

„Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat auf dem Parteitage des Zentrums am Sonntag, den 15. Januar, u. a. ausgeführt, daß die Steuerbeamtenchaft, die teilweise nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe, qualitativ erheblich verbessert werden müsse. Wo es notwendig sei, werde in Personalfragen rücksichtslos Remedur geschaffen werden.“

Wir legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß die Schuld an den Störungen des Verwaltungs geschäfts einseitig der ausführenden Beamtenchaft ausgedrückt wird. Wenn es zu bessern galt, so war es vor allen Dingen die Qualität der in diesem höchst unflachen Steuergeheiß, die oft erst nach mehrfacher Auflage brauchbar wurden und in einer für unaufrichtiger, nicht immer glücklicher Erlasse kommentiert werden mußten. So daß jede praktische Arbeit auf das Äußerste erschwert und gehemmt wurde. Das Publikum, das sich in dem Gewirr fortwährend geänderter Vorschriften erst recht nicht auskennt, belagert die Finanzämter und nimmt dem Beamten einen großen Teil seiner Arbeitszeit, die mit dem Ausfüllen der meist viel zu spät herausgegebenen, riefenhaft ausgedrungenen Fragebogen, wozu verbraucht wird. Kaufmännischer Geist soll an Stelle des Bürokratismus in die Verwaltung einziehen, dabei fehlt es grotzenteils an den dazu nötigen Hilfsmitteln (ausreichenden Fernsprechanschlüssen usw.), die einem derartigen Ziele leichter und schnelleren Verwirklichung förderlich sein können. Die Verwaltung hat sich hartnäckig der Notwendigkeit verschlossen, von uns, den Praktikern, Vorschläge und Anregungen entgegenzunehmen, die ihr doch manches Brauchbare sagen könnten. Sie ließ es sich bisher nur unvollkommen angehen, in personalpolitischen Fragen (so in Sachen des Aufstiegs zu höheren Stellen usw.) diejenige Zurückhaltung zu üben, die den Arbeitszwang in Arbeitstruppen umwandelt. Sie läßt es gelassen, daß einer der besten Stab- und Hauptbeamten, die im Jahre 1920 geprüften Praktikanten, trotz untrüblicher Zuficherung von Diktoren keinerlei Anteil an den seit August für Diktare erhöhten Bezügen erhalten, weil die nach dem Buchstaben des Gesetzes vorgeschriebene dreijährige Vorbereitungszeit noch nicht erfüllt ist. Man hebt die Qualität einer Beamtenchaft nicht, indem man sie niederhält, man hebt sie auch nicht, indem man öffentlich nach ihr aburteilt. Auf solchen Wegen wird weder dem Steuerbeamten noch ihrem sachlichen Arbeiten das Heil kommen.“

Sport am Sonntag

Die Spiele des Bezirks um die Meisterschaft in den einzelnen Klassen sehen ihrem Ende entgegen. Dem S. B. Stern wird die Meisterschaft nicht zu nehmen sein, führte doch diese Mannschaft am gestrigen Tage ihren Siegeszug weiter fort, indem sie nach ihrem scharfen Spiel West mit 6:3 schlugen. Süd der zweitbeste und vorjährige Kreismeister zog mit 2:0 Britannia das Fell über die Ohren.

Sturm mußte sich auf eigenem Platze eine 3:2 Niederlage von der guten R. T. Briege einstecken. Sturm, welche vorige Serie gut standen, enttäuschten diese Serie vollständig. Die beiden letzten der Sonderklasse, Silesia und Dels konnten zusammen nicht kommen, weil Dels wieder mal telegraphierte, angeblich durch Grippeerkrankung mehrerer Spieler nicht kommen zu können.

In der A-Klasse konnte Riders die mit nur 10 Mann antretenden Fr. Sportfreunde mit 10:1 heimlich. R. hätte eine Zukunft, wenn sie immer solche Spiele vorführen wie am Sonntag. Diana sprang mit Strehlen, dem Schmeizler, gefinde um und langierte 5 Süder hinein, was ich auch vollständig genug finde, man muß auch unterlegene Gegner achten, und nicht durch zweifelhafte Zahlen entmutigen.

Union, eine Mannschaft, welche gute Anlagen hatte, mußte sich auf eigenem Platze von Vorwärts knapp 2:1 schlagen lassen. U. mußte bloß mehr auf ihre Anhänger achten, dieselben be-nehmen sich am Rand des Feldes nicht immer einwandfrei. Von Ohlau und Wader war noch kein Resultat zu erreichen. Von diesen beiden Mannschaften ist wohl Wader die bessere. Über auch alle Achtung vor Ohlau, die haben innerhalb eines Jahres auf geschaffte und sind nicht zu unterschätzen.

Für sein Spiel, ein ander Mal soll die Jugend, unsere Zukunft, auch hier zum Wort kommen.

Stern I—West I 6:3, Halbzeit 3:0.

Der zukünftige Bezirksmeister weilt im Eisenpark und holte sich wieder zwei wertvolle Punkte. Der Anstoß von Stern wird von der Mitte von West abgenommen, der Ball wandert hin und her. Ungefähr 10 Minuten nach Beginn erwirbt die linke Seite von St. den Ball, die hereingehene Kante wird vom Mittelfürmer unhalbar verwandelt. Den Anstoß von West nimmt Stern ab und der nach rechts gegebene Ball wird un-mittelbar gestankt und Halbsinken schafft den zweiten Erfolg. Nun drückt West und legt sich vor Sterns Tor fest, aber die Verteidigung hält alles. Ein für Stern gegebener Schmetzer wird dem Tormann in die Hände geschossen. West gibt sich die größte Mühe und spielt aufopfernd, kann aber nichts Bähbares erzielen. Im weiteren Verlauf des Spieles erhält Stern wieder einen Elfer zugesprochen, welcher glatt verwandelt zum dritten Erfolg wird: unmittelbar darauf ist Halbzeit.

West hat nun eine Umstellung vorgenommen, welche sich gut bewährt. Das Spiel wird nun etwas von West beherrscht, der rechte Verteidiger Sterns muß infolge Verletzung das Feld verlassen. Dadurch ist West wieder zeitweise überlegen. Ein wegen unfairen Spiels des rechten Läufers gegebener Elfer für West wird glatt verwandelt und verhilft zum ersten Tor. Nach Anstoß erzielt St. durch Rechtsaußen wieder ein Tor, nach diesem ist West dran und erzielt durch Mittelfürmer das zweite Tor. Im weiteren Verlauf ist Stern noch zweimal und West noch einmal erfolgreich. Der Kampf wird in der letzten Zeit mit un-nötiger Schärfe durchgeführt, jedoch der Schiedsrichter des hiesigen eingreifen mußte. Stern spielt zuletzt mit 8 Mann, weil auch der Halbsinke das Feld verlassen mußte. Der Schiedsrichter David ist schon besser gesehen worden. Einzelne Spieler beider Mann-schaften hier hervorzuheben, hieße die anderen zurücksetzen, jeder gab sein Bestes.

Ein polnischer Hochverräter entsprungen.

Im hiesigen Untersuchungsgefängnis befand sich seit einiger Zeit der polnische Staatsangehörige K. Grochler wegen Hoch-verrat- und Spionageverbrechen. Im Laufe der Reichsstaatsanwaltschaft sollte er am 19. Januar dem Unter-suchungsrichter Landgerichtsrat Salomon zur Vernehmung vorge-führt werden. Als der vernehmende Richter auf kurze Zeit das Zimmer verließ, war wohl für die Sicherheit des Untersuchungs-gefängnisses nicht genügend gesorgt worden; denn bei Wieder-treten des Zimmers war Grochler verschwunden. Trodem sofort die Polizei benachrichtigt wurde, die sämtliche Bahnhöfe besetzt sind, ist es noch nicht gelungen, des polnischen Hochverraters hab-haft zu werden.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch, den 25., und Freitag, den 27. Januar, von 1/2—1/2 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abrechnungsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts in Breslau?

Der Magistrat — Verkehrsamt — schreibt uns: Wir haben bei dem Herrn Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, das neu zu gründende Reichsverwaltungsgericht nach Breslau zu verlegen, um die Bedeutung und das Ansehen Breslaus und Schlesiens zu fördern. Wir haben in dem Antrage u. a. darauf hingewiesen, daß das arg verstückelte Schlesien, das durch die Abtrennung wichtiger Gebiete an Polen in schwerer Bedrängnis geraten ist, berechtigten Anspruch auf jede Förderung nach Reichs- und Staatswegen hat, und daß eine solche Förderung auch die Verlegung des Sitzes einer obersten Reichsbehörde nach Breslau sein würde. Die Schiefer, ja alle Stämme, würden die Errichtung einer solchen obersten Reichs-behörde, der ersten in der Provinz, mit großem Danke begrüßen. Zur Unterstützung unseres Antrages haben wir dem Herrn Reichs-minister das vom Verkehrsamt der Stadt Breslau herausgegebene Werk „Breslau“ überreicht und dabei insbesondere auf die vielen Bildungsinstitute, Bibliotheken usw., die in Breslau vorhanden sind, hingewiesen.

Schwurgericht.

Ein gemeiner Patroz.

Im Jahre 1921 wurden eine Anzahl Frauen auf einsamer Landstraße im Landkreise Breslau von einem Manne überfallen, in ein Kornfeld oder auf eine Wiese gelockt und vergewaltigt. Da die Frauen keinen Anhaltspunkt für die Person des Täters hatten, konnte man seiner lange Zeit nicht habhaft werden. End-lich, am 23. August, gelang es, den Unhold festzunehmen. Es war der 42 Jahre alte frühere Dachdecker, jetzt Rechtskonkulent Gustav Langner aus Canth, Vater von sieben Kindern. Am Mittwoch fand er nun vor dem Schwurgericht, um sich wegen Mord zu verantworten. Es wurden ihm fünf solcher Fälle zur Last gelegt und zwar hatte er in zwei Fällen seinen Zweck erreicht, während es in drei Fällen beim Versuch blieb. Die Ver-handlung fand unter Aufsicht der Öffentlichkeit statt und währte bis nachts 1/2 Uhr. Nach den Angaben des Angeklagten ist er früher als Dachdecker von einer Scheune gefallen. Der Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als geistig minder-

Sturm I—Brieg I 2:3 (1:3).

Nach Beginn setzt ein flottes Spiel ein. Bald macht sich deutlich eine Überlegenheit Briegs bemerkbar. Die linken Außenläufer bringen immer wieder den Ball vor Sturm Tor. Durch unfairen Spiel von leiten Sturm gibt der Schiedsrichter zwei Elfmeter für Brieg, welche beide glatt verwandelt werden. 15 Minuten vor Halbzeit erzielt Brieg durch präzisen Schuß den dritten Treffer, dem Sturm kurz vor Abpfiff zur Pause Nummer 1 entgegensteht.

In der zweiten Hälfte unternimmt Sturm gefährliche Durchbrüche. Bei einem solchen kann der Halbsinke durch langen Schuß, der dem Tormann durch die Hände geht, ein zweites Tor für Sturm erzielen. Bei diesem Stand bleibt es bis Schluß. Endenerhältnis 6:4 für Brieg.

Vorher spielten die zweiten Mannschaften. Hier konnte sich die gute zweite Mannschaft Sturms einen 4:0 Erfolg holen. Die zweite von Brieg war der körperlich starken Sturmmannschaft nicht gewachsen.

Riders I—Fr. Sportfreunde I 10:1 (Halbzeit 3:0).

Riders vollzählig, Sportfreunde mit 10 Mann, ohne ihren Tormann antretend, liefernten sich ein von der Überlegenheit von R. getragenes Treffen. Vor Halbzeit hielt sich Sportfreunde gut und das Spiel verlief ruhig und offen. Riders erzielte drei Erfolge. Nach Halbzeit ist R. dauernd überlegen und in regelmäßigen Abständen erzielen sie noch mehrere Tore, die von den dauernd wechselnden Torhütern von Fr. Sportfreunde nicht verhindert werden konnten.

Spielergebnisse vom 22. Januar 1922.

Table with 3 columns: Team, Score, and Notes. Includes categories like Sonderklasse, A-Klasse, B-Klasse, III. Bezirksmannschaften, I. Jugendklasse, II. Jugendklasse.

Bezirksnachrichten: Britannia hat keine 4. Mannschaft zurückgezogen.

Verbandsnachrichten: F. A. West. Der Dienstag-Mannschaftabend fällt aus. Bekanntgabe der Spiele in der General-Versammlung am Donnerstag, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

wertig. Nach dem Mahrspruch der Geschworenen erkannte das Gericht auf zwei Jahre Gefängnis.

Landfriedensbruch.

Am Freitag sollte vor dem Schwurgericht eine größere Strafsache wegen Landfriedensbruch verhandelt werden, die aber bald nach Eintritt der Verhandlung vertagt wurde.

Angeklagt waren der Russe Artur K. L. S. A., die Arbeiter Paul Kirisch und Fritz Kirisch und der Fleischer Robert Magotisch. Allen wird zur Last gelegt, am 19. Dezember 1920 in einer größeren Menschenmenge mit Gewalt gegen Personen vorgegangen zu sein, und zwar Aloja und Kirisch als Adels-führer. Da sich gerade gegen diese beiden Bedenken wegen ihrer geistigen Zurechnungsfähigkeit einstellten, wurde die Verhandlung vertagt und sollen beide erst auf ihren Geisteszustand beobachtet werden.

25-jähriges Jubiläum. Gleichzeitig mit seiner Silberhochzeit feiert heute Genosse Oswald B. o. p. h. e. i., Lohstraße 33, sein 25-jähriges Jubiläum als Volkswachtleier. Wir gratulieren dem Jubilar und treuen Leser und wünschen ihm weiterhin Erfolge im Leben und in der Arbeit für die Partei.

„Mißbrauch der Quänterspeisung“. Unter dieser Ueberschrift überdienten wir am 10. 12. eigenartige Verhältnisse im Hause Berlin-straße 33. In einer langen Antwort stellte Herr Pastor Schüller unsere Angaben als unwahr hin, offenbar ehe eine Untersuchung stattgefunden hatte. Wie uns der Magistrat jetzt mitteilt, haben im vergangenen Sommer geringe Unregelmäßigkeiten be-standen“. Jergendeine eigenmüßige Handlung der Frau B. sei aber „offenbar“ nicht vorgekommen. Wir glauben demnach in unserer damaligen Artikel nicht zuviel gesagt zu haben.

In einer Spezialität des Diebgeschäfts scheint sich neuerdings die Heimlichung arglicher Waretäume zu gestalten. Die Entwendung von Kleidungsstücken und ähnlichen Gebrauchs-gegenständen, die Kranke mitbringen, wurde schon oft gemeldet; neuerdings geht die Raublust weiter; so sind am 19. d. M. vor-mittags aus dem Warzzimmer eines Arztes Matthiasstraße 105 zwei Korbhüte entwendet worden, und am Nachmittag wurde der gleiche Diebstahl im Warzzimmer eines Arztes Südring-straße 1 wiederholt. Das diene den betreffenden Kreisen zur dringenden Warnung!

Straßenperzerrung. Die Steinstraße zwischen Huben- und Streifenstraße sowie die Schönstraße werden wegen Einbaues von Straßenbahngleiten bis einschließlic 31. März für Fuß-werker und Reiter halbseitig gesperrt.

Bereinstalender.

District 8. Montag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Sommer-woche bei Schirke, Schweitzerstraße. Alles muß erscheinen. Deutscher Bauarbeiter-Verband (Maurer-Innengruppe), Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Versammlung im Ge-werkschaftshaus, Heiner Saal. Alles zur Stelle, da es sich um die Richtlinien handelt. — Achtung, Delegierte! Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr: Versammlung im Lokal „Ganssow“, Meißnische 11. Vortrag des Kollegen Peters (Hamburg), Leiters der Reichsgruppe der Köllere und Schachmeister im D. B. V. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Ferner machen wir nochmals besonders auf die Ver-banden für den Rufus des Genossen Graf aufmerksam. Die Ortsverwaltung. J. A. R. e. i. f. e.

